

I-A

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausschußprotokoll **10/**⁴¹²

10. Wahlperiode

07.11.1986
ei-mk

Ausschuß für Jugend
und Familie

Protokoll

19. Sitzung (nicht öffentlich)

07. November 1986

Remscheid - Akademie für musische Bildung
und Medienerziehung

9.00 Uhr bis 11.20 Uhr

Vorsitzender: Abg. Hellwig (SPD)

Stenograph: Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Haushaltsgesetz 1987

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 10/1250

Vorlagen 10/549, 10/568, 10/569, 10/589 und 10/615

Fortsetzung der Beratungen

Der Ausschuß berät die Positionen der Kap. 07 050 und 07 410 des Haushaltsplanentwurfs und schließt damit seinen gestern begonnenen Beratungsdurchgang ab.

Die sich ergebenden Fragen werden von Vertretern des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales beantwortet. Zu Kap. 07 050 Titelgruppe 70 wird seitens des Ministeriums noch eine ergänzende Information in Aussicht gestellt.

Ausschuß für Jugend
und Familie
19. Sitzung

07.11.1986

2 Verbesserung des Schutzes ungeborenen Lebens

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 10/965 (Neudruck)

Fortsetzung der Beratungen

Der Ausschuß kommt nach kurzer Erörterung des Verfahrens überein, sich den Beratungsergebnissen des federführenden Ausschusses anzuschließen.

3 Situation der offenen Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen
Bericht des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Minister Heinemann erstattet einen ausführlichen Bericht, der die bestehenden Einrichtungsstrukturen, den gegenwärtigen personellen und materiellen Bestand, die gegenwärtigen finanziellen Aufwendungen des Landes beschreibt und Überlegungen zur Lösung der derzeitigen Probleme skizziert.

Anschließend werden Fragen zum Inhalt des Berichts wie auch zum Beratungsverfahren aufgeworfen. - Die Beratung des Berichts soll demnächst erfolgen.

4 Integration behinderter Kinder im Kindergarten
Bericht des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Der Ausschuß nimmt einen Bericht des Ministers Heinemann entgegen.

In der anschließenden Aussprache werden Fragen der Abgeordneten von Vertretern des Ministeriums beantwortet. - Der Ausschuß erwartet nach Abschluß der derzeit durchgeführten Erprobungsmaßnahme einen Bericht.

Ausschuß für Jugend
und Familie
19. Sitzung

07.11.1986

5 Kindertagesstätten im universitären Bereich

hier: Jahresbericht des Landesrechnungshofs
Prüfungsfeststellung Nr. 14

Drucksache 10/131

Vorlagen 10/521 und 10/647

Bericht des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Der Ausschuß folgt nach kurzer Beratung dem Vorschlag des Vorsitzenden, dem Ausschuß für Haushaltskontrolle mitzuteilen, daß nach dem Kindergartengesetz nur die Wohlfahrtsverbände und die Jugendämter Träger von Kindertagesstätten sind. Soweit im universitären Bereich ein zusätzlicher Bedarf festgestellt wird, soll auf die gesetzliche Grundlage hingewiesen und die zuständige Gemeinde gebeten werden, für eine Ausstattung nach dem Gesetz Sorge zu tragen. Eine Schließung des Betriebs von Kindertagesstätten der Studentenwerke soll aber nur erfolgen, wenn ein ausreichendes anderweitiges Angebot zur Verfügung steht.

6 Reform/Novellierung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt (JWG)

Sachstandsbericht des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Minister Heinemann erstattet einen Sachstandsbericht, den der Ausschuß ohne Aussprache zur Kenntnis nimmt.

Ausschuß für Jugend
und Familie
19. Sitzung

07.11.1986
ei-mk

Aus der Diskussion

Zu 1: Haushaltsgesetz 1987

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 10/1250

Vorlagen 10/549, 10/568, 10/569, 10/589 und 10/615

Fortsetzung der Beratungen

Der Ausschuß setzt die gestrigen Beratungen der in seine Zuständigkeit fallenden Positionen des Haushaltsplanentwurfs fort, wobei der Vorsitzende die in Betracht kommenden Seiten des Einzelplans 07 aufruft. - Bei den folgenden Positionen ergeben sich Wortmeldungen.

Kap. 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen

Zu Titelgruppe 60 - Förderung der Familienhilfe und Kinderhilfe - registriert Abg. Rösenberg (CDU) die Erhöhungen aufgrund der Steigerung der Personalausgaben, merkt aber kritisch an, daß auch diese Summe nicht ausreiche, um, wie in den Förderungsrichtlinien vorgesehen, einen Zuschuß von 50 % leisten zu können, so daß in diesem Bereich voraussichtlich nur 40 % gewährt würden. Nach Auffassung seiner Fraktion müßten die Haushaltsansätze so bemessen sein, daß das, was die Landesregierung selbst in ihren Richtlinien vorgebe, auch erreicht werden könne.

Der Redner wüßte gern, in welcher Trägerschaft sich die aus Tit. 684 60 bezuschußten Frauenberatungsstellen befänden und wo sie eingerichtet worden seien.

Ministerialdirigent Stenzel (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) kann nicht sagen, wo sich die Frauenberatungsstellen im einzelnen befinden. Überwiegend seien sie von Selbsthilfeinitiativen, teilweise auch von Wohlfahrtsverbänden gegründet worden.

Ausschuß für Jugend
und Familie
19. Sitzung

07.11.1986
ei-mk

Zu Titelgruppe 63 - Förderung der erzieherischen Jugendhilfe - regt Abg. Rüsenberg (CDU) an, Vertreter der Jugendhilfeeinrichtung "Die Brücke" einmal in den Jugendausschuß zu bitten, um einen Erfahrungsbericht über die in einem längeren Zeitraum geleistete Arbeit zu hören, und zwar mit der Zielrichtung, gegebenenfalls eine Ausweitung dieser Einrichtung vorzunehmen, die sich in hervorragender Weise um straffällig gewordene Jugendliche kümmere.

Bei den Personalausgaben für Fachkräfte der sozialpädagogischen Familienhilfe betrage der Ansatz 2,5 Millionen DM, während der Bedarf bei 4 Millionen DM liege; Anspruch und Wirklichkeit klafften also weit auseinander. Er erinnere an die Ausschußsitzung in Frechen, die wohl alle Beteiligten überzeugt habe, daß die sozialpädagogische Familienhilfe insgesamt gute Arbeit leiste, die auch Heimerziehung verhindere und damit Einsparungen ermögliche. Die anwesenden Vertreter der Landesregierung hätten dort auch die Hinweise vernommen, daß die Kommunen diese Aufgabe nicht leisten könnten. - Er wüßte gern, ob mittelfristig neue Einrichtungen hinzukämen und vielleicht doch ein Signal zu einer besseren Ausstattung gesetzt werden könne oder ob es bei der bisherigen Aussage der Landesregierung bleibe, daß eine Grenze erreicht sei und diese Aufgaben im übrigen in die kommunale Zuständigkeit fielen.

Minister Heinemann (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) kann keine Hoffnung machen, daß in der nächsten Zeit eine Erweiterung möglich sei.

Abg. Rüsenberg (CDU) fragt zu Titelgruppe 64 - Förderung von Einrichtungen der Familienbildung nach den Vorschriften des Weiterbildungsgesetzes -, ob es zutreffe, daß es im Kultusministerium Überlegungen gebe, im Hinblick auf die schwieriger werdende Haushaltssituation im Jahre 1988 auch Kürzungen bei der Förderung nach dem Weiterbildungsgesetz vorzunehmen. Nach seinen Informationen sei das mit Vertretern von Verbänden und Trägern schon in dieser Richtung diskutiert worden. - Minister Heinemann ist davon nichts bekannt.

Die Zusatzfrage von Frau Abg. Philipp (CDU), ob diesbezüglich informelle ministerielle Besprechungen stattgefunden hätten, wird von MDgt Stenzel verneint. - Der Vorsitzende hält das für reine Spekulation.